

Einheitskasse: Mittelstand bezahlt die Zeche



Von Lucrezia Meier-Schatz,
Nationalrätin

Würde die Initiative für eine Einheitskrankenkasse am 11. März angenommen, müsste einmal mehr der Mittelstand die Zeche bezahlen: Er würde zusätzlich belastet. Mit dem Monopol würde den Versicherten zudem jegliche Wahlfreiheit genommen.

Für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen gibt es eine Vielzahl von Gründen. Stichworte sind etwa die Alterung der Gesellschaft, die unterentwickelte Prävention, die regional unterschiedliche Versorgungsdichte, der Föderalismus, die gestiegenen Ansprüche von Konsumenten wie Leistungserbringern.



Nun nimmt – nach der massiven Ablehnung der SP-Initiative im Jahr 2003, die eine Finanzierung der Grundversicherung über einkommens- und vermögensabhängige Beiträge und über die Mehrwertsteuer verlangte –, die Initiative «für eine soziale Einheitskasse» einen neuen Anlauf. Sie verlangt die Einführung einer Einheitskasse für die Grundversorgung innert drei Jahren, also die Integration der Grundversorgungsleistungen der 87 Krankenkassen in eine staatlich kontrollierte Kasse. Die Finanzierung der Prämien soll nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten erfolgen. Als ob das heute nicht der Fall wäre!

Ungewissheit bei der Finanzierung

30 % der Bevölkerung kommt bereits heute in den Genuss von Prämienverbilligungen und muss z.T. überhaupt keine Prämien zahlen. Familien des unteren Mittelstandes und tieferer Sozialschichten profitieren seit Anfang Jahr zusätzlich von einer Prämienverbilligung von 50 % für ihre Kinder und Jugendlichen in Ausbildung. Der Gesetzgeber hat

mit der Einführung dieser Massnahmen sehr wohl der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht nur der Familien, sondern auch der jüngeren und älteren Menschen Rechnung getragen.

Die Finanzierungsvorschläge der Befürworter reichen von einer Anhebung der Mehrwertsteuer auf 15 % bis hin zu einer Erhöhung der Kopfprämien von 5 % für Einkommen über 100'000 Franken. Alle brächten jedoch eine Mehrbelastung für den Mittelstand – ausgerechnet jener Sozialschicht, die in den letzten Jahren bereits eine Erosion ihrer Kaufkraft erlitten hat.

Ohne Konkurrenz keine Wahlfreiheit

Mit einer Einheitskasse würde der Wettbewerb in der Grundversicherung eliminiert. Die Konsumentinnen und Konsumenten hätten keinen Anreiz mehr zum individuellen Sparen: Frei gewählte Franchisen, differenzierte Kostenbeteiligungen oder die Wahl neuer Versicherungsmodelle machen in einem solchen System für den Einzelnen keinen Sinn mehr. Zudem hätten die Konsumenten in der Grundversorgung keine Wahl mehr, die Kasse diktierte die Bedingungen und die Leistungen. Fehlender Wettbewerb war noch nie Garant für Qualität und Kosteneinsparungen. Er schränkt vielmehr die Freiheit der Konsumenten ein, das stellten auch unlängst die Konsumentenvertreterinnen der deutschen Schweiz fest.

Fortsetzung Seite 2

editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Anfang Dezember konnten wir Ihnen die erste Ausgabe unseres neuen E-Magazins präsentieren. Wir haben auf jene erste Ausgabe erfreulich viele – ausschliesslich positive – Rückmeldungen erhalten. Das motiviert uns zusätzlich, Ihnen mit dem «präzis» immer wieder von Neuem aktuelle, interessante und informative CVP-Lektüre zu bieten.

Nach dem Start mit der Ausgabe 0, einer so genannten «Nullnummer», gilt es nun in doppeltem Sinn ernst: Am 11. März stimmen wir auf Bundesebene über die Einheitskrankenkasse und im Kanton St.Gallen über einen Abbau unseres Kantonsrats und über eine Erhöhung der Ausschöpfungsquote für die Prämienverbilligung ab. Neben Informationen «aus der Pfalz» und aus den Regionen ist die vorliegende Ausgabe 1 deshalb schwerpunktmässig den Abstimmungs-Vorlagen gewidmet – kurz, bündig und «präzis».

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und freuen uns, wenn Sie das «präzis» auch weitergeben, sei es in der elektronischen Form oder ausgedruckt.

Urs Schneider, Parteipräsident

inhalt

«Aus der Pfalz»: Kantonsratssession	2
Kantonsrat: Weniger Demokratie zu höheren Kosten?	3
Mit starkem Zwölferticket nach Bern	4

Neuer Finanzausgleich: zeitgemäss und gerecht



Von Armin Eugster,
Fraktionspräsident

Der Kantonsrat behandelte am 19./20. Februar vorab Geschäfte in der Zuständigkeit des Finanzdepartements. Hauptthema war der neue Finanzausgleich. Dieser bildet die Basis für einen zeitgemässen Ressourcen-Ausgleich zwischen den Gemeinden.

Klar und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt der Kantonsrat die SP-Initiative «Steurgerechtigkeit für Familien», die den Kinderabzug vom Reineinkommen durch einen Kinderabzug vom Steuerbetrag ersetzen will. Dagegen sprechen vorab verfassungsmässige Vorbehalte, sprich begründete Zweifel, ob ein fixer Abzug vom Steuerbetrag mit dem Prinzip der Besteuerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vereinbar ist.

Mit breiter Unterstützung überwiesen wurde hingegen eine Motion mit dem Ziel, die Erhöhung der Kinderzulagen rasch umzusetzen: Bereits ab 1. Januar 2008 sollen die neuen Ansätze gemäss Bundesgesetz von Fr. 200.– bzw. Fr. 250.– (Ausbildungszulagen) gelten.

Hauptthema der Februar-Session war der neue kantonale Finanzausgleich. Die Neuordnung ist insbesondere mit Blick auf die Neugestaltung von Aufgabenteilung und Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen (NFA) opportun. Ein wichtiges Ziel der kantonalen Reform ist die Gewichtsverlagerung bei der Bemessung

der Ausgleichszahlungen weg von den beeinflussbaren hin zu nicht beeinflussbaren Grössen: Der neue Ausgleich belohnt Gemeinden, die Anstrengungen unternehmen, um aus eigener Kraft Verbesserungen in ihrer finanziellen Situation herbeizuführen. Neben den nicht direkt beeinflussbaren Instrumenten «Ressourcenausgleich» und «allgemeiner Sonderlastenausgleich» ist deshalb ein «partieller Steuerfussausgleich» vorgesehen, der so ausgestaltet ist, dass er die Steuerfussunterschiede im Kanton verkleinert, ohne den Gemeinden ihre finanzielle Eigenverantwortung zu nehmen.

Namentlich von SP-Seite wurde das Gesetz als mutmasslich verfassungswidrig attackiert. Die klare Ratsmehrheit ist überzeugt, dass das Gegenteil der Fall ist: Das Ziel, die finanziellen Unterschiede zwischen den Gemeinden zu verringern, wird erreicht. Ein Rückweisungsantrag wurde deshalb deutlich verworfen. In einer intensiven Debatte lehnte der Rat in 1. Lesung mehrere von der regierungsrätlichen Botschaft und vom Bericht der vorberatenden Kommission abweichende

Prämienreduktion für Kinder statt Einheitskasse!

Eine Einheitskasse mit einer neuen Gesundheitssteuer würde die mittelständischen Familien nicht entlasten – im Gegenteil. Wirkliche und gezielte Entlastung bringt jedoch die Prämienverbilligung.

Eine Einheitskasse würde die Steuerlast für die mittelständischen Familien zusätzlich erhöhen und die Prämien noch schneller in die Höhe treiben. Sie ist familienpolitisch falsch.

Dass die Prämienlast insbesondere für Familien immer drückender wird, haben das Bundesparlament und der Kantonsrat erkannt. Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sollen deshalb entlastet werden, indem sie für ihre Kinder nur noch 50 Prozent der Prämien berappen müssen. Damit der Kanton diese Vorgabe erfüllen kann, müssen die Mittel für die Prämienverbilligung erhöht werden.

Im Sinne einer Entlastung der Familien sage ich deshalb überzeugt JA zum «Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung», über den wir am 11. März abstimmen. Die Einheitskasse hingegen ist als Kosten treibende Scheinlösung klar abzulehnen.

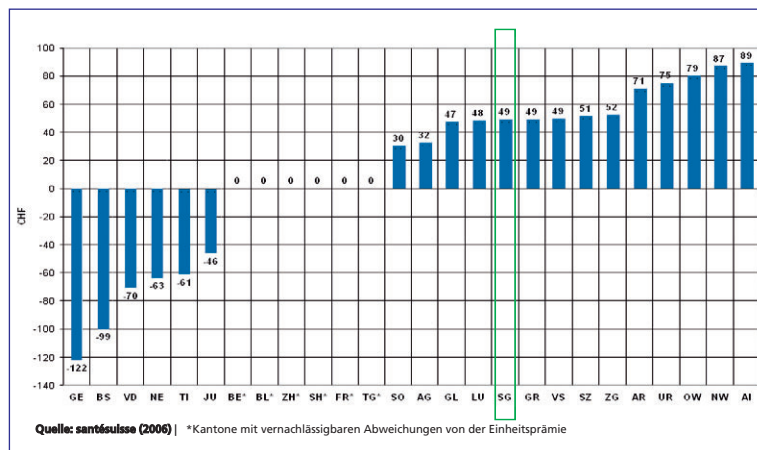
Andrea Frei Gschwend, Kantonsrätin

Anträge deutlich ab, so namentlich einen – systemwidrigen – Antrag auf Festsetzung eines Maximalsteuerfusses. Damit ist das Gesetz in 1. Lesung verabschiedet. Die Chancen stehen gut, dass es bei Annahme in der notwendigen Volksabstimmung per Anfang 2008 in Kraft treten kann.

Fortsetzung von Seite 1

Kostensenkung blockiert

Laut den Initianten soll das Zusammenwirken von Behörden, Leistungserbringern (Spitälern, Ärzten usw.) und Versicherern-Vertretern (wer auch immer das wäre) in der Kassenaufsicht eine kundennahe Administration und tiefere Preise bringen. Doch gerade der Einbezug der Leistungserbringer würde dringend nötige Anpassungen zur Reduktion der Kosten blockieren. Auch die Ärzteschaft könnte – z.B. durch die Festlegung der Tarifpunkte – ihren Lohn selbst mitbestimmen und sowohl die vermehrte Kontrolle der erbrachten Leistungen als auch eine Einführung der Vertragsfreiheit zwischen Versicherern und Ärzten umgehen. Ein solches Konstrukt verspricht weder Effizienz noch Transparenz.



Kantone mit geringer Ärztedichte und kostengünstig arbeitenden Spitälern würden bestraft: Die grosse Mehrheit der Bevölkerung müsste höhere Prämien bezahlen als heute. Sie würde damit das aufwändige Gesundheitssystem anderer Kantone mitbezahlen.

Fazit: Die Initiative löst mit ihrem Umverteilungsvorschlag zu Lasten des Mittelstandes keines der Probleme

im Gesundheitswesen, sie schafft höchstens neue. Sie ist daher klar abzulehnen.

Weniger Demokratie zu höheren Kosten?



Von Bernhard Graf, Mitglied der Parteileitung, Gemeindepräsident Mosnang

Ein Ja zur Initiative für den Kantonsrats-Abbau am 11. März würde die Vertretung der Regionen und den Zusammenhalt im Ringkanton St.Gallen empfindlich schwächen. Bürgernähe und Demokratie würden beschnitten – und das zu höheren Kosten.

Für zahlreiche Regionen und Gemeinden wäre ein Kantonsrats-Abbau eine bittere Pille. Sie hätten kaum mehr eine Chance, Vertreter/innen in den Rat zu schicken: je kleiner das Stimmpotential eines Gebiets in einem Wahlkreis, in dem jemand bekannt ist, desto geringer die Wahlchance. Obertoggenburger oder Gasterländer Vertreter bekämen im Kantonsratssaal rasch Seltenheitswert. Damit auch junge Kandidierende und Mitglieder der kleineren Parteien nicht diskriminiert werden und weiterhin alle Bevölkerungsgruppen, Altersschichten und Regionen die Chance haben, im Parlament vertreten zu sein, kämpfen wir gegen die Initiative.

Die FDP spielt falsch, wenn sie behauptet, mit dem Abbau könnte gespart werden. Ein solcher ist ohne gleichzeitige Reformen schlicht nicht denkbar. Eine solche

Professionalisierung käme teurer als der heutige Betrieb: Der Parlamentsdienst müsste ausgebaut werden. Das zeigte sich im Aargau: Er musste im Zug der Reduktion seines Grossen Rats vor zwei Jahren den Parlamentsdienst ausbauen. 2004, vor der Reduktion, betrug der Aufwand für den Grossen Rat knapp 2,4 Mio. Franken; für 2007 sind rund 700'000 Franken mehr budgetiert.

Die einzelnen Ratsmitglieder würden vor allem durch mehr Kommissionsarbeit zusätzlich beansprucht. Das hätte unweigerlich eine Änderung der Zusammensetzung des Kantonsrats zur Folge: Mit der höheren Belastung würde die berufliche Vielfalt im Rat schrumpfen. Für Angestellte mit wenig zeitlicher Flexibilität und Selbstständigerwerbende wäre es kaum mehr möglich, im Rat zu politisieren.



übrigens

In einem Parlament wird debattiert, verhandelt, um Lösungen gerungen. Das geschieht mit Reden – so sagt es auch schon das Wort «parlare» selbst. Möglich wird das dank unserer Fähigkeit, konkrete Gedanken zu fassen, diese in Worte zu kleiden und mit den Mitmenschen auszutauschen. Das unterscheidet uns von den Tieren. Der Volksmund weiss es, die Erfahrung lehrt es: Miteinander zu reden, bringt uns weiter, führt uns zu Lösungen und hilft uns, Konflikte zu vermeiden.

Die FDP will es besser wissen: Im Kantonsrat werde zu viel geschwätzt. Mit einem voll gepflegten Glas Goldfische wirbt sie deshalb für den Abbau des Kantonsrats – ein Drittel weniger sei mehr, weil effizienter.

Mit Verlaub, liebe Freisinnige: Was habt Ihr Euch dabei nur gedacht? Auch wenn ein Drittel weniger Goldfische in Eurem Glas gefangen bliebe, wären es immer noch zu viele – und die Fische blieben immer noch stumm. Wollt Ihr den Kantonsrat mundtot machen? Oder wollt Ihr uns sagen, er sei es bereits? Wie könnten denn stumme Goldfische je zu viel schwätzen? Oder geht es am Ende um einen Akt des Tierschutzes? Sollte die Haltung der Kantonsrätinnen und Kantonsräte – pardon, der Goldfische – artgerechter werden? Oder ginge der Gedanke weiter: Sollte schliesslich nur ein Goldfisch übrig bleiben, ein schillernder Monarch? Wäre dessen Regentschaft dann effizient genug?

Ihr Böserwisser

plattform

JCVP: Mit eigener Liste in den Wahlkampf

Die JCVP Kanton St.Gallen zieht mit einer eigenen Liste in den Nationalrats-Wahlkampf: Auf Liste 4 stellen sich zwölf viel versprechende, initiative und hoch motivierte Jungpolitiker/innen zur Wahl.

Wir bewegen.



Liste 4

www.jcvp-sg.ch

Die Zukunft beginnt jetzt.



Erstmals seit den 80er-Jahren tritt die JCVP Kanton St.Gallen wieder mit einer eigenen Liste zu den Nationalratswahlen an. Die zwölf Kandidatinnen und Kandidaten aus den Wahlkreisen St.Gallen-Gossau, Rheintal, Wil, Toggenburg und See-Gaster bringen verschiedene Erfahrungen mit. Allen gemeinsam ist jedoch das Ziel, etwas für die Jugend im Kanton und in der Schweiz, für die Sicherung der Altersvorsorge und den Erhalt eines konkurrenzfähigen Bildungsstandorts Schweiz zu bewegen.

Marco Rinaldi, Wahlstabsleiter JCVP Kanton SG

Die JCVP-Liste 4 (von links): Lee-Kevin Oehler (Balgach); Petra Beck (Wil); Christian Huser (Alt St.Johann); Christian Frei (Au); Dominic Périsset (Engelburg); Patricia Mattle (Altstätten); Stefan Rosenblum (St.Gallen); Michelle Grämiger (Bronschhofen); Florian Zäch (Balgach); Yvonne Suter (Rapperswil-Jona); Thomas Keel (St.Gallen); Samuel Egli (Arnegg).

Feurige Neujahrsbegrüssung

Aus Stadt und Land trafen sich anfangs Januar 120 CVP-Mitglieder in Bernhardzell (Gemeinde Waldkirch) zur regionalen Neujahrsbegrüssung der CVP St.Gallen-Gossau.

Die Ortsparteien von Waldkirch und Bernhardzell hatten unter der Ägide von Präsidentin Vreni Breitenmoser und Präsident Rico Lehmann zu einem gesprächigen, musikalischen, kulinarischen, sportlichen, politischen und gesellschaftlichen Abend eingeladen. Die Gäste waren begeistert: «Dieser Anlass ist wirklich gelungen!»

Unter den Gästen weilten u.a. Ständerat Eugen David, alt Stadtpräsident Franz Hagmann, CVP-Fraktionspräsident Armin Eugster, Kantonsgerichtspräsidentin Martha Niquille, Stadtrat Nino Cozzio und alt Nationalrat Felix Walker. Letzterer unterhielt die Gäste in gewohnt heiterer Art mit seinem Referat «Meine Erfahrungen mit Bundes-Bern». Regionalparteipräsident Bruno Lautenschlager betonte in seiner Ansprache die Wichtigkeit gemeinsamer Aktivitäten von «Stadt und Land». Vor allem im Wahljahr 2007/08 ist ein «gemeinsamer Auftritt» im grossen Wahlkreis St.Gallen-Gossau von grosser Bedeutung.

Die «Hobbychöch Bernhardzell» verwöhnten die Gäste mit einem feinen Nacht-



essen. Die politischen Gespräche – verbunden mit neuen Begegnungen – wurden durch die junge Turnergruppe des STV Bernhardzell aufgefrischt, und die A-Cappella-Formation «StimmBand» unter der Leitung von Rolf Engler, Waldkirch, sang sich in die Herzen der Anwesenden.

Vreni Breitenmoser,
Kantonsrätin, Präsidentin CVP Waldkirch

Mit starkem Zwölferticket nach Bern

Die CVP zieht mit zwölf profilierten «Köpfen» in den Nationalrats-Wahlkampf. Die CVP-Liste 3 steht für realistische und zukunftsgerichtete Lösungen für Wachstum und Wohlstand, Familien, starke Regionen und eine nachhaltige Entwicklung.

Dank der CVP werden die Familien entlastet, dank der CVP wird verstärkt in die Bildung investiert. Die CVP wird auch 2007 als starke Kraft im Zentrum weiter bewegen. Dafür stehen die zwölf profilierten Kandidierenden auf der Liste 3 der CVP Kanton St.Gallen. Die im Januar nominierte Liste überzeugt nicht nur punkto geographischer Herkunft, sondern auch unter den Gesichtspunkten von Alter, Geschlecht, beruflicher Herkunft, Erfahrung und Know-how der Kandidierenden durch Qualität und Ausgeglichenheit.

Neben den drei Bisherigen Jakob Büchler, Lucrezia Meier-Schatz und Thomas Müller, welche die CVP-Liste 3 anführen, stellen sich weitere neun profilierte Kandidatinnen und Kandidaten der Wahl.

Urs Schneider,
Parteipräsident

Wir bewegen.



Liste 3

www.cvp-sg.ch

Besser für unser Land.



Die CVP-Liste 3 (von links):

Ernst Dobler, Unternehmer, Kantonsrat, Vorstandsmitglied kant. Gewerbeverband, Oberuzwil; Barbara Keller-Inhelder, Kantonsrätin, Lehrbeauftragte, Rapperswil-Jona; Nationalrat Jakob Büchler, Ruffi/Schänis; Valentin Rehli, Kantonsrat, Suva-Kreisarzt, Walenstadt; Andreas Widmer, Kantonsrat, Präsident CVP Toggenburg, Mühlrüti; Hans Frei, Kantonsrat, VR-Präsident Bus Ostschweiz AG, Diepoldsau; Melanie Helfenberger, JCVP, Mitglied des Gossauer Stadtparlaments, Arnegg; Martin Huser, Direktionsmitglied Helvetia Versicherungen, Präsident «Wirtschaft Region St.Gallen» (WISG), Abtwil; Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, St.Peterzell; Markus Ritter, Vizestadtpräsident, Präsident St.Gallischer Bauernverband, Altstätten; Theres Engeler-Bisig, Kantonsrätin, Vizepräsidentin Pro Natura St.Gallen-Appenzell, St.Gallen; Nationalrat Thomas Müller, Rorschach.

agenda

Samstag, 3. März 2007, 10.00 – ca. 17.00 Uhr

> **45. Internationale Bodenseetagung christlicher Politiker**

Schloss Salem (D)

Donnerstag, 29. März 2007, 19.30 – ca. 21.30 Uhr

> **Podium: Gehen uns in 20 Jahren die Lichter aus? – Energieverknappung im Strombereich – Energie als Standortfaktor**

Mit Impulsreferat von Bundesrätin Doris Leuthard

Details zu beiden Anlässen auf www.cvp-sg.ch

Impressum:

präzis

Informationsmagazin der CVP Kanton St.Gallen

Herausgeber / Inserate:

Christlichdemokratische Volkspartei
Kanton St.Gallen
Rorschacherstrasse 50, Postfach 461,
9001 St.Gallen

T 071 222 33 84, F 071 223 21 26
info@cvp-sg.ch, www.cvp-sg.ch

Redaktionsleitung:

Iwan Köppel (ik), Parteisekretär,
koeppel@cvp-sg.ch

Konzept, Layout und Produktion:

ERNI Druck und Media AG, 8722 Kaltbrunn
info@ernidruck.ch, www.ernidruck.ch